

Änderungsantrag

der Abgeordneten Ulla Jelpke, Petra Pau und der Fraktion der PDS

zur zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Abgeordneten Dr. Peter Struck, Otto Schily, Wilhelm Schmidt (Salzgitter) und weiterer Abgeordneter der Fraktion der SPD, der Abgeordneten Kerstin Müller (Köln), Rezzo Schlauch, Kristin Heyne und weiterer Abgeordneter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten Dr. Wolfgang Gerhardt, Dr. Guido Westerwelle, Jörg van Essen und weiterer Abgeordneter der Fraktion der F.D.P.

— Drucksachen 14/533, 14/867 —

Entwurf eines Gesetzes zur Reform des Staatsangehörigkeitsrechts

Der Bundestag wolle beschließen:

In Artikel 2 Nr. 1 wird § 87 Abs. 1 Nr. 2 wie folgt ergänzt:
„oder die Entlassung länger als ein Jahr dauert“.

Bonn, den 29. April 1999

Ulla Jelpke

Petra Pau

Dr. Gregor Gysi und Fraktion

Begründung

Vertreterinnen und Vertreter von Migrantinnen/Migranten-Verbänden haben darauf hingewiesen, daß mit der jetzigen Fassung nicht alle Fälle von unverschuldeter Nicht-Entlassung aus der alten Staatsbürgerschaft abgedeckt sind. Betroffen sind gegenwärtig vor allem Migrantinnen und Migranten aus dem Iran. Auch für solche Migrantinnen/Migranten-Gruppen sollte die Einbürgerung erleichtert werden; dies auch bezogen auf den zeitlichen Faktor. Der Prozeß der Einbürgerung sollte nicht durch das Herkunftsland endlos in die Länge gezogen werden können.